

Pressemitteilung

Überraschender Konsens

Landespolitiker_innen in Mecklenburg-Vorpommern favorisieren klaren Lösungsvorschlag für Finanzierungsfrage zum Schuldnerberatungsdienstegesetz (SchuBerDG)

◀ **Berlin, 13. Mai 2026:** Beim Pressegespräch der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG-SB) anlässlich ihres 40-jährigen Jubiläums in Warnemünde diskutierten gestern Fachkräfte der Sozialen Schuldenberatung mit Fachpolitiker_innen aus Mecklenburg-Vorpommern über die Umsetzung des Schuldnerberatungsdienstegesetzes.



Harry Glawe, CDU:
„Wir brauchen in erster Linie eine wissenschaftliche Begleitung, um valide Daten zu haben und es muss einheitlich finanziert werden.“



Ole Krüger, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
„Schuldenberatung und Insolvenzberatung zusammen zu behandeln, hat sich bewährt, soll fortgeführt werden und Land und Landkreise müssen gemeinsam finanzieren. Die Beratungsfachkräfte brauchen Planungssicherheit und eine angemessene einheitliche Entlohnung.“



Steffi Pulz-Debler, Die LINKE:
„Der Bund hat Verantwortung, aber wir im Land auch. Es braucht bundesweit einheitliche Kriterien und zugleich müssten die Lösungen realistisch und umsetzbar sein.“



Michel-Friedrich Schiefler, SPD:
„Wir sind auf einem guten Weg, es gibt aber Verbesserungsbedarf. Das System muss zusammen gedacht werden. Der Bund muss stärker zuhören, was Länder und Verbände fordern.“

Das Gesetz war am vergangenen Freitag mit klarer Mehrheit im Bundesrat gescheitert, nachdem die Länder zuvor deutlich kritisiert hatten, dass die Finanzierungsfrage für die übertragenen Aufgaben nicht geklärt sei. Bei der Diskussion in Warnemünde zeigte sich beim Thema Finanzierung dann zumindest landesintern ein bemerkenswert klares Bild. Parteiübergreifend benannten die Vertreter_innen von SPD, LINKE, Grünen und CDU eine gemeinsame Lösungsperspektive: sie sprachen sich übereinstimmend für eine Beteiligung von Sparkassen und Kreditinstituten an der Finanzierung der Schuldenberatungsstellen aus. Aus Sicht der BAG-SB kann dieser Ansatz dazu beitragen, den aktuellen Konflikt um die Finanzierung der Umsetzung des Schuldnerberatungsdienstegesetzes (SchuBerDG) aufzulösen. Eine Finanzierung durch Gläubiger wie Banken und Kreditinstitute sei auf Bundesebene explizit angesprochen, aber aktuell nicht weiter verfolgt worden, fasste die BAG-SB zusammen.

Die weitere Diskussion führte zu den praktischen Herausforderungen vor Ort wie fehlenden Fachkräften und der Sicherstellung eines Beratungsangebots im ländlichen Raum. Kritisch bewertet wurden die teils erheblichen Unterschiede bei den Förderbedingungen zwischen einzelnen Kommunen. Gleichzeitig unterstrichen alle Beteiligten die Bedeutung eines engen Austauschs zwischen Landespolitik, Kommunen und Beratungsstellen.



Vereinssitz: Berlin

+49 (0) 30 346 55 666 0

www.bag-sb.de

positionen@bag-sb.de

Ansprechpersonen innerhalb der BAG-SB ist



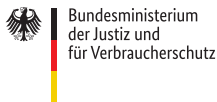
Charlotte Bischoff

charlotte.bischoff@bag-sb.de

+49 (0) 177 25 90 69 2

Zum Verband: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. ([BAG-SB](#)) vertritt die Interessen der Schulden- und Insolvenzberatungspraxis sowie der ver- und überschuldeten Haushalte in Deutschland. Als bundesweit anerkannter Fachverband setzt sich die BAG-SB seit 1986 dafür ein, verbraucher- und schulden spezifische Themen nicht nur in der Bundespolitik voranzubringen, sondern auch in der Öffentlichkeit auf die Notlage der Ratsuchenden aufmerksam zu machen. Zusammen mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband und den Wohlfahrtsverbänden engagiert sie sich in der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Weitere Informationen und Stellungnahmen

Alle Positionen der BAG-SB: www.bag-sb.de/positionen

Weitere Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher:

www.meine-schulden.de

[@meineschulden](#)